

NACHGEFRAGT BEI ...

Dr. Norbert Häring ist Ökonomie-Korrespondent der Wirtschafts- und Finanzzeitung 'Handelsblatt' und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Interview: Heiner Krehl | Foto: HB



Investitionsschutz ja – aber nicht auf Staatskosten

BWagrar: Herr Dr. Häring, Sie warnen beim Freihandelsabkommen der EU mit den USA vor Investitionsschutz auf Kosten der Steuerzahler. Wer soll oder kann wessen Investitionen nach den geplanten Vereinbarungen schützen?

Häring: Der Investitionsschutz-Teil sieht ein internationales Schiedsgericht vor, an das sich ausländische Investoren wenden können, wenn Sie sich vom Gastland benachteiligt fühlen. Wer ein Investor ist, ist dabei extrem weit definiert. Es reicht, eine Investition zu planen. Es geht auch keinesfalls nur um teure Sachinvestitionen, die man nicht verlangen kann. Es soll auch im Prinzip jeder Kauf von Wertpapieren des Gastlandes als Investition zählen, die den Gang vor das Schiedsgericht erlaubt.

BWagrar: Wie stark sehen Sie die Agrar- und Ernährungswirtschaft von den Investitions-

schutz-Plänen für die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) betroffen?

Häring: Sie kann stark betroffen werden. Es klagt zum Beispiel ein Hotelbetreiber gegen Kanada auf Schadensersatz, weil die Regierung Jagdrechte zum Artenschutz eingeschränkt und die verbleibenden Rechte bevorzugt an Ureinwohner vergeben hat. Wenn das schon als Diskriminierung gilt, kann man sich vorstellen, was mit staatlichen Maßnahmen zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft passiert, wenn der Investorenenschutz einmal vereinbart ist und die großen internationalen Agrarkonzerne aus den USA und Kanada dort klagen können.

BWagrar: Befürworter des TTIP-Abkommens werfen Kritikern vor, beim Scheitern würden die seit Jahrzehnten stabilen Handelsbeziehungen zu den USA leiden. Ist dem so?

Häring: Das ist Unsinn. Wir haben auch ohne Freihandelsabkommen kaum noch Zölle. Warum sollte sich das ändern?

BWagrar: Welche Vorteile könnte das TTIP bei den Handelspartnern bringen, wenn die Vereinbarungen entsprechend ausgestaltet würden?

Häring: Es gibt nicht zwei Handelspartner. Es gibt Investoren, Arbeitnehmer, Bürger, Steuerzahler und Regierungen aus den verschiedenen Ländern, die unterschiedliche Interessen haben. Diese sind demokratisch abzuwägen. Ein im Geheimen unter enger Beteiligung der Lobbyisten ausgehandeltes Abkommen kann das nicht leisten. Sinnvolle Weiterentwicklungen wie die Harmonisierung von Produktstandards kann und sollte man vorantreiben und umsetzen, wo die Parlamente einverstanden sind. ■

RUSSISCHER AGRARSEKTOR

Sanktionen gefährden Investitionen

Das russische Importverbot für Lebensmittel beeinträchtigt nach Einschätzung der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft künftige Investitionsvorhaben im russischen Agrar- und Ernährungssektor. „Die am 6. August 2014 eingeführten russischen Handelssanktionen dürften sich negativ auf geplante Direktinvestitionen deutscher und westeuropäischer Unternehmen im Agrar- und Ernährungssektor in Russland auswirken und dadurch den Modernisierungsprozess in Russland verzögern“, warnte der Arbeitsgruppenvorsitzende Thomas Kirchberg am Dienstag in Berlin. Bereits jetzt lägen der Arbeitsgruppe Ankündigungen von Fir-

men vor, geplante Projekte auf Eis zu legen oder ganz abzusagen.

Kirchberg zufolge hat die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft bislang rund eine Milliarde Euro direkt in Russland investiert. Durch diese Investitionen habe das Land in den letzten Jahren beeindruckende Erfolge in der Pflanzenproduktion erzielt und zu einem der wichtigsten Lieferanten auf den Weltgetreidemärkten aufsteigen können. | age ■

WELTWEITER AGRARHANDEL

Deutschland Nummer drei

Die deutschen Lebensmittelexporteure haben im vergangenen Jahr Waren im Wert von umgerechnet rund 64 Milliarden Euro ins Ausland verkauft und damit ihren dritten Platz unter den glo-

balen Agrarhandelsnationen gefestigt. Wie die German Export Association for Food and Agri-products (GEFA) am Dienstag unter Hinweis auf die Agrarmarkt Informations-GmbH (AMI) und Zahlen der Welthandelsorganisation (WTO) mitteilte, stiegen die Erlöse aus den deutschen Nahrungsmittelexporten gegenüber 2012 um 9,1 Prozent, womit der nächste Verfolger Brasilien mit einem Ausfuhrwert von gut 61 Milliarden Euro auf Abstand gehalten werden konnte.

Vor Deutschland rangierten im Ranking der führenden Agrarexportnationen die USA mit 106 Milliarden Euro und die Niederlande mit gut 69 Milliarden Euro. An erster Stelle der deutschen Ausfuhren lagen wertmäßig mit jeweils etwa 9,5 Milliarden Euro Fleisch einschließlich Wurst sowie Molkereiprodukte; auf sie entfielen 28,9 Prozent der deutschen Agrarexporterlöse. | age ■

AGRAREXPORTE

Wirtschaft bündelt Aktivitäten

Die deutsche Ernährungs- und Landwirtschaft will sich in Fragen des Exports künftig enger abstimmen. Wie das Bundeslandwirtschaftsministerium mitteilt, soll künftig ein „Koordinierungskomitee Export der Wirtschaft“ als Ansprechpartner der Bundesregierung zur Verfügung stehen. Es soll insbesondere Aufgaben im Veterinärbereich beim Export in Drittländer eigenständig erfüllen.

Staatssekretär Peter Bleser begrüßt die Einrichtung des Gremiums. Gerade jetzt, nach Verhängung der Einfuhrsanktionen durch Russland, sei es wichtig, „dass Regierung und Wirtschaft an einem Strang ziehen, um die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen zu bewältigen“. | age ■